

Wo ist die politische Lösung?

»Für die libyschen Flüchtlinge, die nach Lampedusa fliehen mussten und mit ihren italienischen Flüchtlingspapieren vor knapp zwei Jahren nach Hamburg gekommen sind, wollen wir eine politische Lösung, die ihnen Aufenthalt und eine Arbeitserlaubnis in Hamburg gibt.«

(Wahlprogramm Grüne Hamburg, Dezember 2014)

Alter Wein mit neuer Frist?

»Die individuelle Prüfung ist unsere politische Lösung«

(K. Fegebank auf der Pressekonferenz 08.04.2015)

So nicht.

Abgesehen davon, dass sich wichtige grüne Kernforderungen nicht im Koalitionsvertrag wiederfinden. Abgesehen davon, dass Hamburg jetzt doch minderjährige unbegleitete Flüchtlinge einsperrt, dass sich der Absatz zur dezentralen Unterbringung eher wie eine vage Absicht denn als ein politischer Plan liest. Abgesehen von all dem können wir vor allem nicht nachvollziehen, worin der Verhandlungserfolg für die Gruppe *Lampedusa in Hamburg* bestehen soll. Gnade, während eines laufenden Verfahrens nicht abgeschoben zu werden ist etwas anderes als ein kollektives Recht zu bleiben. Vor einem Jahr und noch bis vor kurzem sahen das auch die grünen Spitzen so. Hier wird gerade die Chance auf eine tatsächlich moderne Politik zu Geflüchteten in Hamburg verspielt.

Wir empfehlen: Ablehnen und Nachbessern lassen!

Wir sind das Bündnis *Recht auf Stadt* – *never mind the papers*, ein Zusammenschluss von Organisationen und Gruppen wie dem Flüchtlingsrat, ASten, selbstorganisierten Geflüchteten oder dem Recht auf Stadt Netzwerk. Während des Wahlkampfs waren wir mit 8000 Menschen auf der Straße um eine Stadt mit gleichen Rechten für alle zu fordern.

RECHT AUF STADT

**NEVER MIND
THE PAPERS!**

